Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 (2) des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG i. V. m. Anlage 1 Nr. 13.3.3 und Anlage 3 UVPG sowie Feststellung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 5 UVPG, für die Entnahme und Ableitung von Grundwasser (temporäre Wasserhaltung) für das Bauvorhaben Neubaus eines Einfamilienhaus (EFH) mit Untergeschoss, Dahlerdyk 182, 47803 Krefeld, Gemarkung Krefeld, Flur 14, Flurstücke 181.

**Antrag für die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis vom 04.06.2025 zur Grundwasserförderung und Wiedereinleitung in den Untergrund
Antragsteller: Matthias Thelen GmbH, Feldweg 1, 47903 Kempen-Tönisberg**

1.) Ausgangssituation und Allgemeine Vorprüfung

Der o.a. Antragsteller plant den Neubau eines EFH mit Untergeschoss auf dem Dahlerdyk 182, 47803 Krefeld. Der Antragsteller hat dazu eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 ff. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur temporären Entnahme und Einleitung von Grundwasser (Grund-/Bauwasserhaltung, GWH) für die Dauer der Herstellung des Untergeschosses (Keller) beantragt. Das Grundwasser soll über ca. 20 Spüllanzen aus der Baugrube gefördert und auf demselben Grundstück im hinterem Grundstücksbereich wieder über 6- 8 DSI-Brunnen (Düsensauginfiltrationsverfahren) in den Untergrund eingeleitet werden.

Für die zum o.a. Bauvorhaben erforderliche Grundwasserhaltung (GWH) werden die folgenden Fördermengen beantragt:

Pro Stunde:	63 m ³
Pro Tag:	1.512 m ³
Gesamtentnahmemenge:	60.480 m³

Die pro Tag beantragte Entnahmemenge entspricht einer Dauer der GWH von ca. 40 Tagen. Die Fördermenge kann sich aufgrund der tatsächlichen hydrogeologischen Grundwasserverhältnisse und in Abhängigkeit vom Baufortschritt ändern, so dass sich dadurch auch die Dauer der Grundwasserhaltung ändern kann. Der Antragsteller sieht für die temporäre Grundwasserentnahme eine bauliche Dauer von ca. 6 Wochen vor. Änderungen sind der Unteren Wasserbehörde unverzüglich mitzuteilen.

2.) Allgemeinen Vorprüfung zum WE-Antrag

Aufgrund der Einstufung des Projektes als Grundwasserentnahme gemäß Anlage 1 Nr. 13.3.2 UVPG ist für das Vorhaben mit einer Entnahme von mehr als 5.000 m³ bis weniger als 100.000 m³ Grundwasser eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 (2) UVPG durchzuführen. Grundlagen der standortbezogenen Vorprüfung nach § 7 (2) UVPG und Anlage 3 UVPG sind die von der Antragstellerin eingereichten Antragsunterlagen und für die Beurteilung des Vorhabens relevante Unterlagen und Geoinformationen für das Stadtgebiet von Krefeld.

Es ist festzustellen, dass das östlich liegende Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG außerhalb der Reichweite des Absenktrichters liegt. Weiterhin sind keine gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG im Bereich des Absenktrichters vorhanden.

Auch in der Vegetationsperiode ist eine ökologische Beeinflussung mit Trockenstress und Trockenschäden infolge der GWH nicht anzunehmen, da der Flurabstand des Grundwasserspiegels gering ist und die Grundwasserabsenkung im Schwankungsbereich des Grundwasserspiegels liegt.

Das Vorhaben der Wasserhaltung befindet sich im Randbereich in einem nach § 51 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) festgesetzten Wasserschutzgebiet) in der Schutzzone III-B der Wasserfassungsanlage (WGA) Uerdingen in Krefeld. Die Entfernung zwischen der Bauwasserhaltung und der öffentlichen Wasserfassung beträgt < 1 km. Auswirkungen auf die Schutzzone oder der WGA sind nicht zu erwarten.

Abschließend kann festgestellt werden, dass bei Einhaltung der genannten technischen Ausführungen der Baugrubenwasserhaltung für die o.a. Baumaßnahme, durch die Grundwasserentnahme im Wasserhaltungsgebiet und durch die Wiedereinleitung des Grundwassers in den Untergrund bzw. in den Grundwasserkörper keine erheblichen Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme und andere im Zusammenhang mit der Grundwasserhaltung beurteilten Umweltbelange zu erwarten sind.

3.) **Feststellung über die UVP-Pflicht**

Nach der Standortbezogenen Vorprüfung gemäß § 7 (2) UVPG des Antrags auf Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis gemäß §§ 8 ff. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur Förderung von Grundwasser zur Bauwasserhaltung für die Errichtung eines EFH mit Keller, auf dem Grundstück Dahlerdyk 182, 47803 Krefeld, mit Wiedereinleitung in den Grundwasserkörper vor Ort, ergeben sich keine Hinweise auf zu erwartende, erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 2 UVPG. Gemäß § 5 (1) UVPG i. V. m. § 5 (2) UVPG stelle ich deshalb fest, dass für das Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 4 i. V. m. § 2 UVPG sowie § 15 ff. UVPG wird nicht durchgeführt.

Die Feststellung über das Nichtbestehen der UVP-Pflicht ist gemäß § 5 (2) UVPG der Öffentlichkeit einschließlich der genannten wesentlichen Gründe durch die zuständige Behörde bekannt zu geben. Die Feststellung ist gemäß § 5 (3) UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Krefeld, dem 16.06.2025

Stadt Krefeld
Fachbereich Umwelt und Verbraucherschutz
I.A.

Weindorf